



Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche stellt sich einmal mehr die Frage, ob Klimaproteste, wie sie die sog. "Letzte Generation" durchführt, wirklich zum Ziel führen. Das Brandenburger Tor - Symbol für Frieden und Freiheit, wurde mit Farbe beschmiert. Die Entfernung kostet rund 35.000 Euro. Straftaten gehören geahndet und diese gehört dazu!

Aber auch im Bundestag ging es heiß her, denn die Ampel wird nicht müde, ihre Themen "durchdrücken" zu wollen. Ob diese sinnvoll sind, kann man bisweilen an den vielen verzweifelten Zuschriften von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Trägern und auch staatlichen Institutionen - wie bspw. den Jobcentern, ablesen. Da läuft Vieles nicht rund und die Warnungen aus der Praxis nehmen zu. Und gerade die Praxis wird eben nicht gehört von der Ampel. Ob es die Gastronomie ist, die wohl, anders als das Versprechen des Kanzlers, auf die Entfristung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes verzichten muss. Oder ob es die Logistikbranche ist, die von der Mautnovelle droht, in die Knie zu gehen. Ein klassischer Fall von Doppelbesteuerung - einmal der höhere CO2-Preis und eine höhere Maut. Die Kosten werden die Kunden in weiten Teilen nicht akzeptieren. Statt die Wirtschaft wirklich anzukurbeln, treten wir auf der Stelle, während unsere europäischen Nachbarn alle ein Wirtschaftswachstum verzeichnen. Wie kann das sein?

Ein wichtiges Thema war in dieser Woche aber auch unser Leitantrag "Kinderzukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen", wo wir gezielt der Idee der Kindergrundsicherung eine wirklich sinnvolle Alternative entgegensetzen. Zudem führt unser Antrag „Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik – Irreguläre Migration stoppen“ in die richtige Richtung, endlich ein deutliches Signal in die Gesellschaft zu senden, die das Asylsystem mittragen soll. Für uns gilt weiterhin der Grundsatz von Humanität und Ordnung.

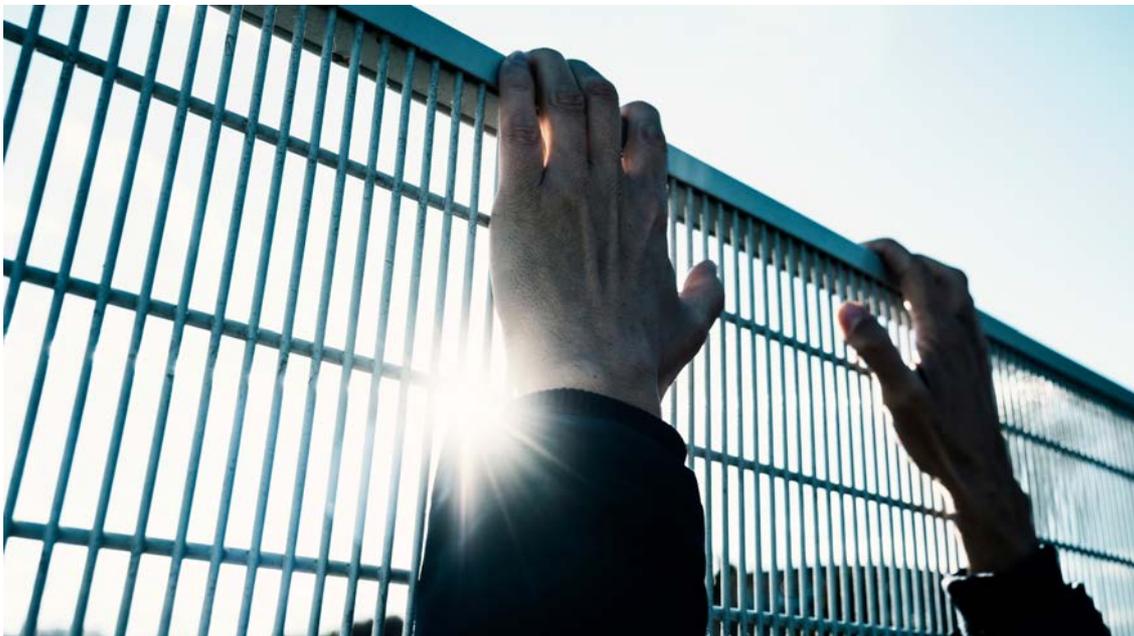
Mit freundlichen Grüßen



UNSER KINDERZUKUNFTSPROGRAMM

Beim Versuch der Einführung einer so genannten „Kindergrundsicherung“ beschäftigt sich die Ampel-Koalition mehr mit sich selbst als mit der Verbesserung der Zukunftschancen für Kinder. Wir hingegen legen ein Kinderzukunftsprogramm vor, das sich an der Lebenswirklichkeit der Familien orientiert und in die Bildungsinfrastruktur investiert. Wir fordern praktische Hilfen, damit sich alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel und Bildungshintergrund ihrer Eltern entwickeln können. Besonders wichtig ist dazu: die Frühen Hilfen zu stärken, eine bundesweit einheitliche Diagnostik des Entwicklungsstands von Kindern im Alter von drei bis vier Jahren und eine verpflichtende Vorschulförderung bei Förderbedarf einzuführen. Außerdem wollen wir, dass Familien Zeit mit ihren Kindern und nicht mit komplexen Verwaltungsverfahren verbringen.

[Mehr dazu...](#)



IRREGULÄRE MIGRATION STOPPEN

Die Bundesregierung und insbesondere Bundesinnenministerin Faeser darf die Migrationslage in Deutschland nicht länger ignorieren. Um die gesellschaftliche Akzeptanz für das Asylsystem zu erhalten, bedarf es jetzt effektiver Maßnahmen zum Stopp der irregulären Migration. Denn für uns gilt weiterhin: Humanität und Ordnung sind zwei Seiten einer Medaille.

Als Sofortmaßnahmen auf nationaler Ebene fordern wir insbesondere die Einführung von lageangepassten Grenzkontrollen auch an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wollen wir um Georgien, Moldau, Indien sowie um die Maghreb-Staaten Tunesien, Marokko und Algerien erweitern. Mit den relevanten Herkunftsstaaten müssen schnell wirksame Vereinbarungen über die Rücknahme ihrer Staatsangehörigen abgeschlossen werden. Auf europäischer Ebene muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die besonders betroffenen EU-Außengrenzstaaten besser unterstützt werden und von der EU die nötigen finanziellen Mittel für einen wirksamen Grenzschutz und die Errichtung der erforderlichen Infrastruktur erhalten. In den weiteren Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems dürfen gegenüber dem gefundenen Kompromiss keine weiteren Abstriche gemacht werden. Zudem brauchen wir die Möglichkeit, Asylverfahren uneingeschränkt in sicheren Drittstaaten durchzuführen.

[Mehr dazu...](#)



VETERANENTAG FÜR RESPEKT UND ANERKENNUNG

Die Invictus Games waren ein emotionales Sportevent, das Tausende von Besuchern begeisterte. Es ist an der Zeit, dieses Momentum zu nutzen, um konkrete Schritte zur Anerkennung und Sichtbarkeit unserer Veteranen einzuleiten. Der Vorschlag eines Veteranentags hat breite politische Unterstützung und würde einen wichtigen Schritt zur Wertschätzung unserer Soldaten darstellen. Es geht darum, eine dauerhafte Kultur der Anerkennung zu schaffen und unseren Veteranen die verdiente Ehre zu erweisen. Das war Thema meiner Rede im Bundestag.

[Mehr dazu...](#)



WACHSTUM UND WOHLSTAND FÜR DEUTSCHLAND

In den aktuellen Wachstumsprognosen ist Deutschland das Schlusslicht: Von allen vergleichbaren Industrieländern ist Deutschland das einzige, dessen Wirtschaft 2023

schrumpft und nicht wächst. Die Kapitalabflüsse aus Deutschland sind auf einem Rekordhoch: Für jeden Euro, der im letzten Jahr in Deutschland investiert wurde, sind 13 andere Euro ins Ausland abgeflossen. Dieser Kapitalabfluss ist der höchste seit 20 Jahren. Die Firmeninsolvenzen sind gestiegen und liegen im ersten Halbjahr 2023 um 20 Prozent über dem Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit steigt trotz der demografischen Entwicklung. Im Vorjahresvergleich stieg die Zahl um 150.000. Eine starke industrielle Basis ist Voraussetzung für anhaltenden Wohlstand in Deutschland. Sie bietet gut bezahlte Arbeitsplätze für viele Bürgerinnen und Bürger. Aber das wirtschaftliche Potenzial wird derzeit nicht abgerufen. Wir müssen jetzt die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit Deutschland ein führendes Industrieland in Europa und der Welt bleibt, ein Land, das auf Augenhöhe mit den anderen Wirtschaftsmächten der Welt agieren kann. Kurzfristige konjunkturelle Strohfeuer werden der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht helfen. Wir brauchen Strukturreformen, um das Fundament unseres Wohlstands zu erneuern.

Deutschland braucht jetzt eine Wachstumsagenda für Wirtschaft, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Wir fordern ein Belastungsmoratorium und Maßnahmen zur spürbaren und raschen Bürokratieentlastung. Wir wollen günstigere Energie für Unternehmen und Verbraucher durch eine Ausweitung des Energieangebots und die Reduzierung der Stromsteuer. Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen: Die Sozialabgaben müssen bei 40 Prozent gedeckelt werden; die Steuerbelastung von Unternehmen soll auf 25 Prozent sinken.

[Mehr dazu...](#)



DIE GASTRONOMIE BRAUCHT PLANUNGSSICHERHEIT

In zweiter und dritter Lesung beraten wir unseren Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes in dieser Woche abschließend. Für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken wird seit dem 1. Juli 2020 bis gegenwärtig Ende 2023 der ermäßigte Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7 Prozent gewährt. Damit soll ein Beitrag zur

Bekämpfung der Corona-Folgen und zur Stärkung der Binnennachfrage geleistet werden. Die Gastronomie benötigt möglichst frühzeitig Planungssicherheit für die Situation ab 2024, nicht zuletzt aufgrund von Familien- und Betriebsfeiern, die oft viele Monate im Voraus gebucht und entsprechend kalkuliert werden müssen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie muss angesichts steigender Belastungen vor allem durch hohe Energie- und Einkaufspreise jedoch unabhängig von Verhaltensänderungen weiter grundsätzlich gestärkt werden. Wir fordern deshalb mit unserem Gesetzentwurf eine Verstärkung der Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in Höhe von 7 Prozent in der Gastronomie.

[Mehr dazu...](#)



WEITERE WICHTIGE DEBATTEN UND INITIATIVEN

A) 1. Lesung Gesetz zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz)

[Mehr dazu...](#)

B) 1. Lesung Haushaltsfinanzierungsgesetzes

[Mehr dazu...](#)

C) 1. Lesung Gesetz zur Änd. des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften zur Digitalisierung der Verwaltung (OZG-Änderungsgesetz – OZGÄndG)

[Mehr dazu...](#)

D) 1. Lesung 4. Gesetz zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes

[Mehr dazu...](#)

E) 1. Lesung 3. Gesetz zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften

[Mehr dazu...](#)

MELDUNGEN AUS UND FÜR LIPPE



HANDWERK VOR ORT

„Handwerk vor Ort“ – mit dieser Initiative bringt die Kreishandwerkerschaft Paderborn - Lippe ihre Mitgliedsbetriebe und die Politik zusammen. Mit Kreishandwerksmeister Mickel Biere, seinem Stellvertreter Dirk Eilers und Hauptgeschäftsführer Michael Lutter war ich zu Gast bei Colin und Will Wellhausen vom gleichnamigen Busunternehmen in Lage.

Die Diskussion dort hat mir gezeigt, dass wir als Union richtig liegen mit unserem 5-Punkte-Plan, dass es richtig ist, die Cannabis-Legalisierung abzulehnen, und dass die 4-Tage-Woche die Betriebe vor zusätzliche Personalprobleme stellt und eben kein Weg für eine Gesellschaft ist, die auch am Sonntag frische Brötchen zum Frühstück möchte. Herzlichen Dank für den erkenntnisreichen Vormittag und für die gelungene Idee! Gern setze ich diesen Austausch fort.



BESUCH BEI EINER TRADITIONSMARKE

Erfrischend, fruchtig, lippisch – Sinalco!

Europas älteste Softdrink-Marke wurde 1902 in Detmold erfunden und als Konzentrat erfolgreich bis nach Übersee verkauft. Die Sinalco AG war der erste Global Player in Lippe. Heute ist die Marke leider nicht mehr hier zuhause, doch die Sinalco Allee erinnert jetzt an die Detmolder „Brause“ und ihre erfolgreichen Werbespots und -plakate, die immer auf der Höhe der Zeit waren.

Kennt ihr noch den Flohwalzer-Jingle? „Die Sinalco schmeckt, die Sinalco schmeckt,...“ Ein echter Ohrwurm!

Übrigens: der Name Sinalco leitet sich ab aus dem lateinischen „sine alcohole“ (ohne Alkohol).

Mehr unter www.Sinalco-in-Detmold.de



DIE MAUTERHÖHUNG TRIFFT DIE BETRIEBE HART

Die Ampel plant die nächste Erhöhung der LKW-Maut, um die Staatskasse aufzufüllen. Die Logistikbranche läuft Sturm gegen die Pläne. Nicht nur wurde die Entscheidung ewig verschleppt. Auch der Zeitpunkt ist höchst problematisch gewählt, denn wenn zum 1.12.23 die neuen Regeln und Tarife gelten sollen, müssten die Logistikunternehmen eigentlich schon vor Wochen ihre Verträge mit ihren Kunden angepasst haben. Die Kunden wiederum sind ebenfalls vergnitzt, denn die umgelegten Mehrkosten wollen sie nicht tragen. Unterm Strich bedeutet das: Deutsche Logistikunternehmen müssen selbst die Kosten komplett tragen oder Unternehmen aus dem Ausland übernehmen zu weit günstigeren Konditionen. So kann eine Belebung der deutschen Wirtschaft nicht gelingen!

Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den [Wahlkreis 135](#) und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen [über mich](#), meine [Arbeit in Berlin](#) und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.



Copyright © 2023 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.

Datenschutzhinweis:

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsleterversand?
Sie können [Ihre persönlichen Daten ändern](#) oder [sich vom Newsletter abmelden](#).

